

Herbstsynoden Greifswald und Anhalt

18. November 1985

Information Nr. 468/85 über die Herbstsynoden der Evangelischen Landeskirche Greifswald (31.10. bis 3.11.1985 in Züssow) und der Evangelischen Landeskirche Anhalts (1. bis 2.11.1985 in Dessau)

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 3447, Bl. 96–104 (8. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Jarowsky, Bellmann, Gysi – MfS: Mittig, Leiter HA XX (Kienberg), HA XX/4, Schorm, Ablage.

Die 9. ordentliche Tagung der VII. Landessynode der Evangelischen Landeskirche Greifswald fand in der Zeit vom 31.10. bis 3.11.1985 in Züssow statt. Es nahmen 67 der 77 gewählten und berufenen Synodalen teil.

Teilnehmer aus der BRD waren Vertreter der Bremischen Evangelischen Kirche, der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Westfälischen Evangelischen Kirche.

Landeskirchenrat Markert/Bielefeld/BRD¹ betonte in seiner Ansprache die »Gemeinschaft« der Evangelischen Landeskirche Greifswald und der Westfälischen Evangelischen Kirche innerhalb der Evangelischen Kirche der Union² und hob die Notwendigkeit ihres weiteren Ausbaus hervor.

Vertreter westlicher Massenmedien nahmen an der Synodaltagung nicht teil.

Im Mittelpunkt der Beratungen der Synode standen die Berichte des Präsidiums der Landessynode, der Kirchenleitung, des Bischofs der Landeskirche, Gienke,³ der Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse der Tagung der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR (September 1985) sowie ein Bericht der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald.

Inhalt und Verlauf der Synode lassen erkennen, dass die großzügige Unterstützung des Staates im Rahmen der kirchlichen Bugenhagen-Ehrungen⁴ bei zahlreichen Synodalen nachhaltige Wirkung hinterlassen hat. ⁵ Politisch realistische kirchenleitende Kräfte und Synodalen artikulierten sich stärker als auf vorangegangenen Synoden und beteiligten sich aktiv an der Zurückweisung von in einzelnen Diskussionsbeiträgen enthaltenen politisch negativen Aussagen.

Durch ihren Einfluss gelang es u. a., in die Stellungnahme zum Bericht der Kirchenleitung und in Beschlussvorlagen der Synode noch eindeutiger politisch realistische Aussagen zu solchen Grundfragen wie Erhaltung des Friedens und Kampf um Abrüstung aufzunehmen. Die während der Synodaltagung gegebenen Berichte waren in starkem Maße auf innerkirchliche Probleme ausgerichtet. Mit Ausnahme des Berichts der Evangelischen Studentengemeinde Greifswald – der politisch negative Aussagen zur Friedens-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der DDR enthielt – waren die Einschätzungen im Wesentlichen sachlich gehalten. Sie beinhalteten in Anlehnung an die Aussagen der Synode des Bundes (September 1985) in einigen Fällen bekannte kirchliche Standpunkte zu aktuellen politischen Fragen und zur Politik von Partei und Regierung, jedoch wesentlich versachlicht formuliert.⁶ Sichtbar wurde das Bemühen, keine Belastung des Verhältnisses Staat – Kirche zuzulassen.

So fanden die von der Synode des Bundes (September 1985) formulierten Problemkreise wie Forderung nach Gesprächen mit staatlichen Stellen zum »zivilen Ersatzdienst«, zur Gleichberechtigung von Bausoldaten⁷ bei Studienzulassungen, Wehrdienstfragen u. a. keinen Eingang in Berichte, Vorlagen und Diskussionen vor dem Plenum der Synode.

Der Bericht über die Synode des Bundes (September 1985) war gekennzeichnet durch politisch realistische Aussagen und Sachlichkeit. Politisch negative Positionen und Forderungen der Synode des Bundes wurden nicht vorgetragen.

Im Bericht der Kirchenleitung wurden die Notwendigkeit von Abrüstungsschritten betont, die Abrüstungsvorschläge der SU unterstützt,⁸ das SDI-Programm der USA⁹ abgelehnt und Hoffnungen auf positive Ergebnisse bei den bevorstehenden Gesprächen Gorbatschow¹⁰-Reagan¹¹ zum Ausdruck gebracht.

Der Bericht enthielt aber auch die Forderung nach »vordringlichen Sachgesprächen« zu Problemen der Volksbildung und den Wunsch nach Abbau der »Reisebeschränkungen« für Bürger der DDR.

Zu beachten ist die besondere Hervorhebung der engen Beziehungen zu den Partnerkirchen in der BRD im Bericht des Präsidiums der Landessynode.

In Anlehnung an frühere Aussagen und Formulierungen wird in diesem Bericht auch erneut betont, dass eine »Identitätsfindung« als Kirche im Sozialismus¹² nur als »Pommersche Kirche«¹³ möglich wäre, ohne näher auf diesen Begriff einzugehen.

Im Bericht des Bischofs wurde u. a. das staatliche Entgegenkommen im Zusammenhang mit den kirchlichen *Bugenhagen*-Ehrungen als »neue Qualität der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche« gewertet. Die Führungsrolle der marxistischen Arbeiterpartei in der sozialistischen Gesellschaft wird im Bericht anerkannt.

Trotz der Bemühungen um Sachlichkeit und Realität seitens der Verantwortlichen für die Vorbereitung und den Verlauf der Synode wurde deutlich, dass in einigen Fällen politisch negative Kräfte in der Synode versuchten, ihre Grundauffassungen zu artikulieren und durchzusetzen. Das spiegelte sich in einigen Formulierungen in Berichten, Stellungnahmen und Anträgen sowie in ihren Diskussionen wider. Die von ihnen angestrebten Wirkungen wurden jedoch nicht erzielt.

Vordergründig politisch negative Aussagen enthielt der Bericht der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Greifswald. Hervorgehoben werden darin »vorhandene Spannungen« mit dem Staat, bezogen auf Wehrsport,¹⁴ Werbung von Reserveoffiziersanwärtern und »Gleichberechtigung« im Bildungswesen. Verwiesen wird auf eine »Beeinträchtigung der freien Religionsausübung« im Rahmen der ESG; gefordert werden »die Offenheit der ESG für Nichtchristen« und damit im Zusammenhang »die kirchliche Legitimierung für Verletzungen staatlicher Festlegungen«.

Die geführten Aussprachen zu den einzelnen Berichten konzentrierten sich vor allem auf innerkirchliche Themen (Haushaltsplan, Kirchengesetz zur Änderung der Kirchenordnung usw.) und waren überwiegend durch sachliche Unterstützung politisch realer Aussagen gekennzeichnet.

Die im Bericht der ESG Greifswald enthaltenen politisch negativen Aussagen wurden in der Diskussion vor dem Plenum nicht aufgegriffen. Lediglich Pfarrer *Wutzke/Gartz*¹⁵ trat in der Aussprache zu den Berichten der Kirchenleitung und des Bischofs politisch negativ in Erscheinung mit polemischen Behauptungen hinsichtlich »der eingeschränkten Reisemöglichkeiten« für DDR-Bürger und einer »Unterdrückung von Christen« in der DDR. Er fand jedoch keine Zustimmung.

Im Mittelpunkt der Diskussion zu den Beschlussvorlagen stand die Stellungnahme der Synode zu den Berichten des Präsidiums und der Kirchenleitung.

In dieser Stellungnahme werden politisch realistische Aussagen aus dem Bericht der Kirchenleitung noch eindeutiger zum Ausdruck gebracht.

So wird die Verantwortung für den Frieden als »zentrale Frage christlichen Zeugnisses« bezeichnet und die Erwartung der Synode ausgesprochen, dass die »atomwaffenfreie Zone in Europa Wirklichkeit wird«, die »chemiewaffenfreie Zone in Europa nicht Utopie bleibt«, die »von *Gorbatschow* in Paris angebotene Reduzierung der vorhandenen Atomwaffen um 50 % akzeptiert und der Anfang nachfolgender Abrüstungsschritte wird« und die »drohende Militarisierung des Weltraumes (SDI) unterbleibt«. Die Stellungnahme bringt ferner »die Hoffnung auf stärkere Unterstützung der Dritten Welt« zum Ausdruck und befürwortet ein »Konzil des Friedens«. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von Konsistorialpräsident *Stolpe*¹⁶ auf der Synode des Bundes wird aber auch der »Wunsch nach Erweiterung der bestehenden Reisemöglichkeiten« ausgedrückt.

Zur Gewährleistung der Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Bürger im Bereich der Volksbildung stellt die Stellungnahme »gewisse Verbesserungen« fest, weist aber gleichzeitig darauf hin, »dass dies nicht überall der Fall ist«. Die Kirchenleitung wird beauftragt, auftretenden Benachteiligungen »sorgsam nachzugehen, damit entstandenes Vertrauen nicht wieder zerstört wird«. Die im Bericht der Kirchenleitung formulierte Notwendigkeit eines »grundsätzlichen Sachgesprächs« wird durch die Stellungnahme nicht unterstützt.

In der Diskussion zur Stellungnahme traten Propst *Haberecht/Rubkow*¹⁷ und der Synodale *Niemann/Damgarten*¹⁸ (beide Mitglieder der Kirchenleitung) politisch negativ in Erscheinung mit nachdrücklichen Forderungen nach »schärferen Formulierungen zur fehlenden Gleichachtung und Gleichberechtigung« von Christen im Volksbildungsbereich, da die in der Stellungnahme enthaltenen Aussagen »die Situation und Betroffenheit der Kinder und Eltern völlig ungenügend widerspiegelt«.

Eine offene Zurückweisung des offiziellen Antrages von *Haberecht*, die Formulierung »Betroffenheit der Synode zur Situation in der Volksbildung« in die Stellungnahme aufzunehmen, erfolgte durch Oberkirchenrat *Harder/Greifswald*,¹⁹ Oberkirchenrat *Plath/Greifswald*²⁰ und Synodalen *Hirsch/Stralsund*.²¹

Der Antrag *Haberechts* wurde daraufhin durch die Synode abgelehnt.

Durch Anträge der Synodalen *Hildebrand/Greifswald*²² und *Fiedler/Richtenberg*²³ erreichten politisch negative Kräfte der Synode eine Formulierungsänderung in der Stellungnahme dahingehend, dass in der gegen die Militarisierung des Weltraumes gerichteten Passage die konkrete Aussage »gegen das SDI-Programm« gestrichen wurde.

Als Synodale für die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR wurden Pfarrer *Springborn/Greifswald*,²⁴ Archivar *Wächter/Greifswald*²⁵ und Architekt *Hirsch/Stralsund* gewählt. Der als politisch negativ bekannte Pfarrer *Wutzke* (Bundessynodale der IV. Legislaturperiode 1980 bis 1985) wurde von politisch-operativen Kräften erneut als Kandidat für die V. Legislaturperiode 1986 bis 1990 vorgeschlagen, erlitt jedoch bei der Abstimmung eine knappe Wahlniederlage und wurde nicht als Bundessynodale wiedergewählt.

Die 8. Tagung der XVIII. Landessynode der Evangelischen Landeskirche Anhalts fand am 1. und 2.11.1985 im Landeskirchenamt Dessau statt.

Es nahmen 38 der 39 gewählten und berufenen Synodalen teil.

Aufgrund des Charakters der Tagung als geschlossene Synode waren keine ökumenischen Gäste, Journalisten oder Vertreter staatlicher Organe zugegen.

Die Synode in Dessau nahm Berichte über Verlauf und Ergebnisse der Synode des Bundes (September 1985), über die Arbeit des Diakonischen Rates (Vorlage einer neuen Ordnung für das Diakonische Werk der Evangelischen Landeskirche Anhalts) sowie zu innerkirchlichen und theologischen Fragen (u. a. Haushaltsplan der Landeskirche 1986) entgegen.

Fast durchgängig waren Inhalt und Verlauf der Synode darauf gerichtet, keine Konfrontation mit dem Staat zuzulassen. Insbesondere Kirchenpräsident *Natho*²⁶ setzte sich – offensichtlich in Respektierung der ihm gegenüber seitens zuständiger staatlicher Vertreter zum Ausdruck gebrachten staatlichen Erwartungshaltung – dafür ein, dass politisch negative Beeinflussungsversuche einzelner Synodalen zurückgedrängt wurden und in der Synode keine Unterstützung fanden.

Verlauf und Ergebnisse der Synodaltagung in Dessau widerspiegeln den uneingeschränkten Einfluss von Kirchenpräsident *Natho* auf dieses Gremium.

Gleichzeitig verdeutlichte die Synode die Widersprüchlichkeit des Kirchenpräsidenten in wichtigen Grundpositionen.

Er nutzte die sachliche und auf reine Wiedergabe ohne eigene Stellungnahme ausgerichtete Berichterstattung der Synodalen des Bundes *Hanff/Köthen*²⁷ und *Franke/Zerbst*²⁸ zum Inhalt und Verlauf der Synode des Bundes (September 1985), um sich daran anschließend zum vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Gysi,²⁹ mit ihm geführten Gespräch zu äußern.

Natho führte aus, der Staatssekretär für Kirchenfragen habe ihm ungerechtfertigt Vorwürfe dahingehend gemacht, dass er – *Natho* – während der Bundessynode nicht gegen bestimmte Aussagen, insbesondere zur Problematik Menschenrechte, aufgetreten sei. *Natho* erklärte dazu, die vom Staat konkret beanstandeten Formulierungen seien jedoch »nicht Erfindung der Kirche«, sondern würden auch in offiziellen staatlichen Dokumenten verwendet bzw. seien »daran angelehnt«.

Natho drückte Bedauern dahingehend aus, der Staatssekretär und seine Mitarbeiter würden Inhalt und Resonanz der Bundessynode auf der Grundlage westlicher Pressemeldungen messen. Die Synode sei jedoch »gut verlaufen«, man müsse das gesamte Spektrum der Tagung beurteilen und nicht nur einzelne Interpretationen. Den Kirchen stünden die Quellen Westmedien nicht mehr zur Verfügung; deshalb habe sie die Vorhaltungen des Staates unerwartet getroffen.

Ferner betonte *Natho* in diesem Zusammenhang, die Haltungen und Positionen kirchenleitender Gremien zu Vorwürfen, die vom Staat gegen die Kirche erhoben würden, seien nicht in allen Punkten übereinstimmend, wobei er auf »sichtbar werdende unterschiedliche Positionen« der Konferenz der Kirchenleitungen und des Berichtsausschusses der Bundessynode zur Entwicklung des Verhältnisses Staat – Kirche verwies. Vieles müsse von beiden Seiten neu durchdacht werden.

Im Verlauf der Synode in Dessau wurden ein Antrag und eine Eingabe, gerichtet an die Synode, behandelt.

Der Antrag der Synodalen *Assmann/Dessau*³⁰ mit der Forderung, zu künftigen öffentlichen Tagungen der Landessynode einen »Markt der Möglichkeiten« für Basisgruppen einzurichten, scheiterte an der ablehnenden Haltung von *Natho*. Die *Assmann* zog daraufhin ihren Antrag selbst zurück.

Bei der Eingabe handelt es sich um die Forderung von 21 Studenten des Theologischen Seminars Leipzig, »überholte und zu enge« innerkirchliche Auffassungen zum Leben von homosexuellen Pfarrern und lesbischen Pastorinnen zu revidieren und sich schriftlich dazu zu artikulieren. Durch *Natho* wurde die Eingabe mit dem Hinweis, sie könne nicht zum Gegenstand der Synode gemacht werden, zurückgewiesen.

Hervorgehoben werden muss der Diskussionsbeitrag und die Forderung des Synodalen *Richter/Zerbst*,³¹ bestimmte politisch negativ zu wertende Aussagen der Synode des Bundes, insbesondere zum Problem »Menschenrechte« in der DDR, in die Vorlagen der Synode in Dessau zu übernehmen. Durch Einfluss *Nathos* fand Richter in der Synode keine Unterstützung.

Alle Materialien der Synoden in Züssow und Dessau liegen dem MfS vor und können bei Bedarf angefordert werden.

Die Information ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

1
Heinz Markert, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

2
In der Evangelischen Kirche der Union waren die Kirchen der ehemaligen preußischen Provinzen zusammengeschlossen. Das waren in der Region Ost die Kirchen von Anhalt (Dessau), Berlin-Brandenburg, Magdeburg (Kirchenprovinz Sachsen), Greifswald (Vorpommern) und Görlitz (Oberlausitz) sowie in der Region West Rheinland und Westfalen.

3
Horst Gienke, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1969–89 Mitglied der Synode des BEK und der Konferenz der Kirchenleitungen, 1972–89 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswalds, 1973–76 und 1987–89 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche der Union in

der DDR, 1982 Leiter der Delegation des Kirchenbundes zur Weltkonferenz »Religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe« in Moskau, November 1989 Vertrauensentzug durch die Landessynode und Rücktritt vom Bischofsamt, galt als Verfechter des Konzepts einer »Kirche im Sozialismus«, die an einer Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen interessiert war.

4

Johannes Bugenhagen, Jg. 1485, evangelischer Reformator, Vertrauter Martin Luthers, Verfasser vieler norddeutscher evangelischer Kirchenordnungen und damit Mitbegründer der evangelischen Kirche in Norddeutschland und Dänemark.

5

Ähnlich wie bereits im Lutherjahr 1983 verhielt sich die SED beim Bugenhagen-Jubiläum 1985 aus kirchlicher Perspektive bemerkenswert kooperativ, indem sie z. B. die Teilnahme ausländischer und westdeutscher Ehrengäste unterstützte. Der Greifswalder Bischof Horst Gienke zeigte sich bereits im Januar in einem Gespräch mit dem Rostocker SED-Bezirkschef Ernst Timm überaus dankbar, dass die Kirche das Jubiläum groß feiern durfte. Zu den Feierlichkeiten anlässlich des Bugenhagen-Jubiläums 1985 vgl. die Informationen [105/85](#) u. [288/85](#).

6

Zur Synode des BEK im September 1985 vgl. Information [412/85](#).

7

In der DDR gab es keine Möglichkeit den Wehrdienst zu verweigern bzw. zivilen Ersatzdienst zu leisten. Seit der Verabschiedung des Wehrdienstgesetzes vom 24.1.1962 (GBL I 1962, S. 2–4) bestand in der DDR eine 18-monatige Wehrpflicht. Durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates wurde am 7.9.1964 (GBL I 1964, S. 129 f.) ein waffenloser Ersatzdienst in Bausoldateneinheiten eingeführt, in dem Wehrpflichtige, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigerten, ihre Wehrpflicht ableisten mussten. Vgl. Eisenfeld, Bernd; Schicketanz, Peter: Bausoldaten in der DDR. Die »Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte« in der NVA. Berlin 2011.

8

Ab Herbst 1984 gab es zwischen der Sowjetunion und den USA erste Bemühungen, wieder in einen Dialog zu treten, nachdem 1983 alle gemeinsamen Abrüstungsbemühungen abgebrochen worden waren. Um die USA in den Verhandlungen unter Zugzwang zu setzen, verkündete der gerade neu ins Amt gelangte Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, im Frühling 1985 ein Moratorium über eigene Initiativen, den Weltraum zu militarisieren und weitere Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren. Wenige Monate später erklärte Gorbatschow, die Sowjetunion würde bis auf Weiteres auf Tests von Atomwaffen verzichten. Den USA schlug Gorbatschow vor, diesem sowjetischen Vorbild zu folgen. Der Prozess mündete schließlich in der Genfer Gipfelkonferenz im November 1985, bei der sich US-Präsident Ronald Reagan und KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow persönlich begegneten und einen Prozess der Annäherung der beiden Weltmächte begannen. Vgl. Loth, Wilfried: Die Rettung der Welt. Entspannungspolitik im Kalten Krieg 1950–1991. Frankfurt/M. 2016, S. 245–254.

9

Im Jahr 1983 begannen die USA unter Präsident Reagan mit dem Aufbau eines Schutzschirms zur Abwehr gegen mögliche sowjetische interkontinentale Atomraketen. Dieses Programm mit dem Namen »Strategic Defense Initiative« beinhaltete auch im Weltraum stationierte Beobachtungssatelliten und hochenergetische Laserkanonen. Darum wurde das Programm in Anlehnung an den Hollywood-Film als »Star Wars« bzw. »Krieg der Sterne« bezeichnet. Nach Ende des Kalten Krieges beendeten die USA das Programm.

10

Michail S. Gorbatschow, Jg. 1931, KPdSU-Funktionär, März 1985 bis August 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, 1986 Propagierung des politischen und gesellschaftlichen Erneuerungsprogramms von »Glasnost« (Offenheit) und »Perestroika« (Umstrukturierung), 1988 Aufnahme der Breschnew-Doktrin, 1990 Friedensnobelpreis.

11

Ronald Reagan, Jg. 1911, Schauspieler und republikanischer Politiker, 1967–75 Gouverneur von Kalifornien, 1981–89 40. Präsident der USA.

12

Die Formel »Kirche im Sozialismus« entstand auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im Jahr 1971 in Eisenach. Damals erklärte der Vorsitzende des BEK, Albrecht Schönherr: »Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern Kirche im Sozialismus sein.« Diese Aussage war kein Bekenntnis zum Sozialismus, sondern die Akzeptanz seiner staatlichen und gesellschaftlichen Realität. Statt auf eine baldige Überwindung der politischen Verhältnisse zu hoffen, sollte sich Kirche nach den Vorstellungen Schönherrs in der gegebenen Gesellschaft engagieren, ohne zu einem Instrument des Staates zu werden. Die Kurzformel blieb bis zum Ende der DDR vage und umstritten. Für die einen galt sie als Voraussetzung für ein Mindestmaß an Autonomie in den eigenen Räumen. Für die anderen als unzumutbare Ein- und Unterordnung in den SED-Staat. Vgl. Mau, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990). Leipzig 2005, S. 108–116; Thumser, Wolfgang: Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen

Formel. Tübingen 1996.

13

Unter staatlichem Druck benannte sich die Pommersche Evangelische Kirche 1968 in Evangelische Landeskirche Greifswald um. Aus SED-Perspektive erschien der alte Name potenziell revanchistisch, weil Teile Pommerns seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu Polen gehörten.

14

Der Wehrkundeunterricht, auch Wehrerziehung genannt, fand ab dem 1.9.1978 Einzug in die Lehrpläne der 9. und 10. Klassen der POS. At Mai 1981 gab es ihn auch in den 11. Klassen der EOS. Am Ende der 9. Klasse mussten die Jungen in ein zwölf-tägiges Wehrlager. Die Mädchen und diejenigen Jungen, die aus Gesundheitsgründen nicht am Lager teilnehmen konnten oder die Ausbildung an Waffen verweigerten, hatten einen zwölf-tägigen Lehrgang in Zivilverteidigung zu absolvieren.

15

Oswald Wutzke, Jg. 1936, evangelischer Theologe und CDU/DA-Politiker, 1966–90 Pfarrer in Hohenreinkendorf und Gartz, Mitglied der Bundessynode, 1990 Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1990–92 Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern, 1994–2000 Sonderbeauftragter der Bundesregierung beim Bundesinnenministerium.

16

Manfred Stolpe, Jg. 1936, Kirchenjurist und SPD-Politiker, 1969–81 Oberkonsistorialrat und Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1982–90 Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, 1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg.

17

Hans-Georg Haberecht, Jg. 1930, evangelischer Theologe, 1975–95 Propst in der Propstei Pasewalk.

18

Siegfried Niemann, Jg. 1944, Elektromeister, 1970–77 Elektromonteur im VEB Dienstleistungskombinat Ribnitz, ab 1977 selbstständig mit einem Elektrogeräte-Fachhandel, 1981–86 Mitglied der evangelischen Landessynode Greifswald und der Kirchenleitung.

19

Hans-Martin Harder, Jg. 1942, Jurist, nach Lehre zum Bankkaufmann Juristenausbildung am Oberseminar Naumburg und anschließend juristisches Fernstudium an der HU Berlin, ab 1967 Jurist bei der Pommerschen Evangelischen Landeskirche (bzw. ab 1968 Evangelische Landeskirche Greifswald), ab 1985 Leiter des Konsistoriums der Evangelischen Landeskirche Greifswald als Oberkonsistorialrat, ab 1990 Konsistorialpräsident.

20

Siegfried Plath, Jg. 1931, evangelischer Theologe, ab 1975 Oberkonsistorialrat in Greifswald, 1975–85 Leiter des Greifswalder Konsistoriums, Mitglied der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, pflegte während seiner Amtszeit enge Kontakte zum MfS.

21

Siegfried Hirsch, Jg. 1934, Zimmermann, Bauingenieur und Architekt, Bauingenieur beim VEB Industrieprojektierung Stralsund, ab 1970 Synodaler der Greifswalder Landeskirche, 1969–77 und 1986–90 Mitglied der Bundessynode.

22

Im Original: »Hildebrandt«. Siegfried Hildebrand, Jg. 1925, evangelischer Theologe, 1959–70 Pfarrer am Dom St. Nikolai in Greifswald und Kreisjugendpfarrer, 1970–90 Landespfarrer für Diakonie der Evangelischen Landeskirche Greifswald, Mitglied der Kirchenleitung.

23

Wolfgang Fiedler, Jg. 1936, Veterinärmediziner, Mitglied der Synode der Greifswalder Landeskirche, später der Pommerschen Landessynode und der Kirchenleitung, Tierarzt in Richtenberg, Verfasser regionaler kirchengeschichtlicher Arbeiten und Leiter des Kreisarchivs Grimmen.

24

Roland Springborn, Jg. 1940, evangelischer Theologe, 1966 Ordination, danach Vikar in Wernigerode und Pfarrer in Altenhagen, ab 1972 Landesjugendpfarrer und Medienbeauftragter der Landeskirche Greifswald, ab 1974 zusätzlich Pfarrer in Greifswald, ab 1990 Landespfarrer für Diakonie der Pommerschen Kirche.

25

Joachim Wächter, Jg. 1926, Archivar und Historiker, 1953–69 Leiter des Landesarchivs Greifswald, Initiator des Greifswald-Stralsunder Jahrbuchs und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte, 1969–74 Abteilungsleiter im Landesarchiv, anschließend Leiter des Landeskirchlichen Archivs.

26

Eberhard Natho, Jg. 1932, evangelischer Theologe, 1970–94 Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, ab 1971 Pfarrer in

der St.-Georg-Gemeinde in Dessau, 1981–90 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR.

27

Günter Hanff, Jg. 1911, Ingenieur, Mitglied der Synode der Evangelischen Landeskirche Anhalts, 1973–85 Mitglied der BEK-Synode.

28

Dietrich Franke, Jg. 1937, evangelischer Theologe, 1963–72 Pfarrer in Weiden, ab 1972 Pfarrer in Zerbst/Anhalt, ab 1973 Kreisoberpfarrer in Zerbst, ab 1982 Oberkirchenrat, 1989–2000 Oberkirchenrat der Landeskirche in Dessau.

29

Klaus Gysi, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1957–66 Leiter des Aufbau-Verlags, 1966–73 Minister für Kultur, anschließend Botschafter in Italien, im Vatikan und in Malta, 1979–88 Staatssekretär für Kirchenfragen.

30

Rosalie Schimkat, geb. Assmann, Jg. 1935, Krankenschwester, nach katechetischer Prüfung als Gemeindehelferin in Dessau und in der Jugendarbeit der Evangelischen Landeskirche Anhalt tätig, später Ordination und 1989–97 Pfarrvikarin. In einem Telefongespräch am 14.2.2024 betonte Frau Schimkat, dass ihr Antrag an die Synode in keinem Zusammenhang mit der Eingabe der Studenten des Theologischen Seminars in Leipzig stand. Ihr Antrag bezog sich demnach auf Umweltprobleme.

31

Bernd Richter, Jg. 1949, selbstständiger Uhrmachermeister in Zerbst, Mitglied der 18. Synode der Landeskirche Anhalt.